

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Postkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 100.— M., durch die Post bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 180.— M., Einzelnummer 5.— M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6spaltige Kompariszeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 3spaltige Reklamezeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Vorfriederlegung 3 M.

Nr. 207

Dresden, Dienstag den 5. September 1922

33. Jahrg.

Guter Fortgang der Einigungsverhandlungen

Schulbedarfsgesetz und Parteien

Von höchstem Interesse ist, wie sich die einzelnen Parteien zu diesem kulturell bedeutsamen Gesetz gestellt haben.

Das Gesetz ist in allen seinen Teilen mit den Stimmen der Arbeiterparteien durchgesetzt worden. Die Änderungen zur Vorlage wurden gemeinsam durchberaten und zu Anträgen verhandelt. Auch die kommunistische Partei enthielt sich aller Sonderanträge. Für das ganze Gesetz stimmten noch die Demokraten, während die beiden Rechtsparteien mit dem Abg. Pfeiffer das Gesetz ablehnten.

Der Zentrumsabgeordnete mußte die gewaltigen Fortschritte des Gesetzes anerkennen, war aber nicht in der Lage, dem von ihm gebilligten Gesetz zuzustimmen, weil er „nicht die christlichen kulturellen Belange im Sinne der Reichsvereinfachung gemahnt“ sieht. Das bischöfliche Ordinariat der Diözese Weißen in Bautzen hatte in einer Eingabe verlangt, daß der obersten kirchlichen Behörde und der Elternschaft, die beide an der Führung des Charakters der Befehlsstelle das größte Interesse haben, ein Einfluß auf die Besetzung der Lehrstellen an diesen Schulen eingeräumt werde. „Also der Kirche zuliebe sollte der Gedanke der Staatschule, wie er namentlich in der Besetzung zum Ausdruck kommt, praktisch fallen gelassen werden. Es genügt ihnen nicht, daß ihr Schulausschuß von drei vorgeschlagenen Bewerbern einen wählen kann, sie wollen sich ihre Gezeiten selbst suchen. So konnte der Politiker Schein den Kirchendiener Schein nicht im Stiche lassen und beugte seine Einsicht willig unter den Krümmling. Hava pia anima!

Die beiden Rechtsparteien lehnten das Gesetz ab, „weil den Gemeinden jedes Mitbestimmungsrecht bei der Besetzung der Lehrstellen genommen worden ist, weil der Staat keine Verpflichtung übernimmt, in Zukunft für Religionslehrer zu sorgen, weil der Staat einen Dualismus hereinbringt in das Bildungsweien, wenn er für manche Gemeinde das 9. und 10. Schuljahr als höhere Schulform in der Besetzung übernimmt, andere Gemeinden aber die Besetzung der Schulkräfte an höheren Schulen und die Unterhaltung derselben allein überläßt.“

Das sind drei Behauptungen des Berichtstatters für die Minderheit, des Abg. Dr. Herrmann, jenes bedeutenden Kenners des Wortes Marxismus, die alle drei falsch sind. 1. Die Gemeinde hat, wie oben gesagt ist, heute noch ein wenn auch beschränktes Mitbestimmungsrecht bei Lehrstellen. 2. Der Staat sorgt wie bisher auf dem Verordnungswege für gewünschten Religionsunterricht. Wir haben es nur abgelehnt, Fachlehrer für Religionsunterricht, also Leute, die von früh bis abends nur in „Religion machen“, anzustellen und die Autoritäten vom Religionslehrer in Leipzig als solche anzuerkennen, wie es ein Antrag der Deutschnationalen wünschte, weil sie keine staatliche Prüfung wie andre Lehrer haben, sondern nur unter dem frommen Augenaufschlag der Orthodoxie heranziehen, welcher auch bei einem so „bedeutenden Schulmann“ wie Benz die Pädagogik erübrigt. 3. Der Dualismus im Bildungsweien ist Unfimt, denn ob jemand bezahlt oder nicht bezahlt, hat höchstens einen Dualismus in der Praxis, aber nicht in der Bildungswesen zur Folge. Die Angst des Realischafters vor Abbau seines Schulsystems ging Schlagwörter jaden und griff daneben.

Es ist nur zu begrüßen, daß die Parteien der Rechten den Entwurf ablehnten. Ihre „jedenfallsigen „Gründe“ lassen uns den wahren Grund erkennen. Es ist der Kampf gegen die Forderung der Bildung der breiten Massen, der in der Ablehnung erneut dokumentiert worden ist. Solange schäbische Schulgesetze gemacht werden ist, können Fortschritte nur von freierwilligen Strömungen, niemals von konservativen Tendenzen. Biele reiche Bauerngemeinden haben wir in Sachsen, die ihr Schulhaus fast der Verwahrlosung anheimgeben, keine Anstalt trafen, An- um- oder Neubauten vorzunehmen, erst als Arbeiter im Gemeinderat etwas zu sagen hatten, wurde es anders. Heute oder werden wir sehr unter den Folgen der „Schulfreundschaft“ der Rechten von rechts.

Auch die demokratische Fraktion hat im Kampfe um das Schulgesetz eine eigenartige Rolle gespielt. Dr. Seyfert hat den Ruf seines Namens als Schulkämpfer nicht erneut und nicht erhöht. Eigenartige festliche Dispositionen mögen dazu geführt haben, seine Haltung zu bestimmen. Seyfert war der führende Mann im Schulkampf 1912, man begreift nicht bloß in der Lehrerschaft seine Ernennung zum Kultusminister. Aber er hat während dieser Zeit keine glückliche Hand gehabt, hat in der Frage der weltlichen Schule ungeliebter gehandelt, brachte kein neues Gesetz heraus, kurz, er ist nicht in der neuen Zeit verankert. Er hat es überlassen, daß das Gesetz nicht mit ihm gemacht worden ist. Konnten wir uns zusammenlegen mit einer Partei, die in wichtigen Mißtrauensverhandlungen gegen die Regierung die Reaktion führte, die dem Staate wichtige Gesetze zur Herbeiführung finanzieller Mittel abgelehnt hat? Gewiß sind auch Anregungen von dieser Seite ins Gesetz eingearbeitet worden, darüber hinaus wurden aber alle Anträge abgelehnt, weil sie sachlich unbedeutend oder unbedeutend waren. In der Kapressse hat Dr. Seyfert vor gewisser Bestimmungen gewarnt zu machen versucht, nachdem ihm bereits vorher von den Parteien sowohl als auch seitens der Regierung die Unbedeutendheit seiner Befürchtungen nachgedrückt worden war, und gerade das warf ein eigen-

Am Montag setzten die Beauftragten der Parteivorstände der S. P. D. und U. S. P. die Beratungen über die Einigungsfrage fort. Besprochen wurde zunächst das Aktionsprogramm, über das volle Einmütigkeit erzielt wurde. Neben diesem Aktionsprogramm wird zum übernächsten Parteitag ein prinzipielles Parteiprogramm vorbereitet werden. Die Vorarbeiten zu diesem Parteiprogramm sollen von einer in Nürnberg zu wählenden Programmkommission geleistet werden. Ueber eine ganze Reihe anderer Voraussetzungen zur Einigungsfrage wurde dem gegenseitigen Entgegenkommen ebenfalls leicht Uebereinstimmung erzielt. Mit der Beratung einiger, speziell organisatorischer, Fragen wird sich am Mittwoch eine engere Kommission, der Mitglieder beider Parteivorstände angehören, beschäftigen.

tümliches Licht auf seinen Kampf. In der Lehrerschaft mußte der Eindruck erweckt werden, als wenn das Schulbedarfsgesetz gar nicht diese Bedeutung hätte, als es tatsächlich hat. Die Lehrerschaft in ihren führenden Personen hat ein andres Urteil. Die Sozialdemokratie hat in die Rechte ihrer kulturellen Politik ein weiteres, bedeutendes Glied eingefügt. Trotz schwerer finanzieller Lage des Staates hat auch der Finanzminister als Abgeordneter dem Gesetz in der neuen Fassung seine Zustimmung gegeben, und so hat die Sozialdemokratische Partei mit den andern Arbeiterparteien ein Gesetz geschaffen, das Sachsen an die Spitze des deutschen Schulwesens stellt.

Man darf nun auch erwarten, daß sich die Lehrerschaft mit innerem Anteil an den Vorden der Republik stellt und aktiv die Kinder zu begeisterten Anhängern erzieht, man darf aber auch erwarten, daß sie in ihrer Wehrheit die politischen Konsequenzen zieht, kulturhemmenden Parteien endgültig den Abschied gibt und in den Reihen der Pioniere für ein neues kulturelles Deutschland begeistert mitkämpft, in den Reihen der Arbeiter.

Die Tagung des Völkerbundes

Genf, 4. September. Die erste Sitzung der dritten Völkerbundsversammlung wurde heute vormittag 11¹/₂ Uhr durch den derzeitigen Präsidenten des Völkerbundes, den belgischen Staatsminister in London, eröffnet. Sie dauerte kaum eine halbe Stunde und wurde nach der Ansprache des Präsidenten sofort vertagt.

Zum dritten Male tagt jetzt in Genf die Völkerbundsversammlung. An Arbeit fehlt es ihr wahrhaftig nicht. Wichtige Fragen stehen zur Beratung: das Orientproblem, der Schutz der nationalen Minderheiten, die allgemeine Abrüstung. Und als Brennpunkt die Frage: Was wird mit Oesterreich? Diesem Lande steht das Wasser bis an der Kehle. Seipels Reisen nach Prag, Berlin und Rom haben kein greifbares Ergebnis gezeitigt. Vorfällig haben so Venedig wie Schanzer erklärt, sie wollten dem Völkerbund nicht vorgreifen. Ob aber Genf der Ort ist, wo dem bedrängten Lande die notwendige rasche Hilfe erteilt, ist zum mindesten zweifelhaft. Nach dem, was in der Pariser Information der Senator Dauferre schreibt, sieht es nicht so aus. Danach soll der Völkerbund, der die Not der jungen Donauraubpublik lenne und von der Notwendigkeit, sie zu retten, durchdrungen sei, Hilfsmittel vorschlagen und den alliierten Regierungen unterbreiten. Daß solche Anfrindigungen den gesunkenen Lebensmut in Oesterreich nicht gerade beleben, ist verständlich. Denn zwischen Vorschlag und Ausführung liegt erfahrungsgemäß noch eine lange Spanne, in der „Alleinlichkeit“ der völlige Zusammenbruch der Donauraubpublik erfolgt. Das der Völkerbundsversammlung begreiflich zu machen, wird Bundeskanzler Seipels Hauptaufgabe sein, der auch nach Genf gereist ist. Morgen werden die Besprechungen über Oesterreich beginnen.

Für die Erörterung der Abrüstungsfrage hat Robert Cecil, der englische Delegierte, Grundzüge ausgearbeitet, die als Basis für die Besprechungen dienen sollen. Die Abrüstungskommission hat sie angenommen. Sie belegen, daß die Entwaffnung allgemein sein und ein alle umfassendes Waffenabkommen Gewähr für gegenseitige Hilfeleistung im Falle der Gefahr geben müsse; ferner, daß ein wirksames Organ die Überwachung der Rüstungen überwachet. — Auch hier kann der Völkerbund nur den Regierungen Vor-

Die Erhöhung der Beamtengehälter

Berlin, 5. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die am 4. September zwischen den beteiligten Gewerkschaften und der Regierung geführten Verhandlungen bringen den Beamten eine Erhöhung der Zulage gegenüber dem August um rund 30 Prozent. Leider gelang es auch diesmal nicht, den Ortszuschlag zu erhöhen. Der prozentuale Feuerungszuschlag steigt nach der neuesten Erhöhung von 305 um 132 auf 437 Prozent. Für die ersten 10 000 M. Grundgehalt und Ortszuschlag werden 492 Prozent gezahlt. Die Feuerungszulage zu den Kinderzulagen erhöhen sich ebenfalls um 132 auf 437 Prozent. Die Zulage bringt dem als Stichtmann in Betracht kommenden Beamten der Gruppe 3, Stufe 3 in Ortsklasse A ein Mehr von monatlich 224 M., dem verheirateten mit einem Kind unter den gleichen Voraussetzungen 2573 M. Die Verhandlungen über die Arbeiterfrage beginnen heute Dienstag nachmittag 3 Uhr, und die Gewerkschaften haben sich vorbereitet für den Fall, daß die Preissteigerung in dem gleichen Maße sich fortsetzt, um neue Verhandlungen nachzusuchen.

Der Mord in Oberkassel

Düsseldorf, 5. September. (Eig. Drahtm.) Die Untersuchung in der Oberkasseler Mordaffäre hat bisher noch kein Ergebnis erzielt. Von Seiten der Regierungspräsidenten ist eine Vernehmung von 100 000 M. auf die Ergreifung der Täter ausgesetzt worden. Die Stadtverwaltung will auch ihrerseits eine Vernehmung von 5000 M. aussetzen. Die Untersuchung gestaltet sich so schwierig, weil die sofort nach der Mordtat nach Oberkassel geflüchten deutschen Kriminalbeamten von den Belgiern verhaftet und erst nach 24 Stunden zur Untersuchung zugelassen wurden. Man nimmt hier allgemein an, daß es sich nicht um einen nationalistischen Aufschlag, sondern um irgend eine Liebesaffäre handelt.

Die griechischen Verluste

Paris, 5. September. Daraus weißt aus Angora: In der Schlacht von Gökischir fielen ungefähr 200 Gefangene erbeutet worden. Der Fall der Stadt Ushak bestatigte sich. Die Verluste der Griechen werden auf etwa 12 000 Mann geschätzt, nämlich 6000 in der Schlacht von Ushak-Karabassiflar, 6000 in der Schlacht von Gökischir, der Rest bei anderen Kämpfen.

Man soll den Völkerbund nicht unterschätzen, wie es vielfach in Deutschland geschieht; denn er ist doch immerhin ein Anfang. Freilich, an einer schlimmen Wunde krankt er von der Stunde seiner Entstehung an, und in sie legt Franco-Rossi, der ehemalige italienische Ministerpräsident, in seinem nun auch deutsch erschienenen Buche: Das friedlose Europa, anklagend den Finger. Er schreibt:

Welch großer Schritt vorwärts zum Frieden wäre es, wenn man unbedinglich alle Staaten, die bisher feilsche waren, in den Völkerbund aufnehmen würde. Von der europäischen Kulturmenschenheit fehlen zur Zeit mindestens 850 Millionen im Völkerbund; die Vereinigten Staaten von Amerika, die sich nicht mehr daran beteiligen wollten, nachdem der Vertrag von Versailles die Gewalt sanktioniert hat; Rußland, das nicht konnte, weil es sich in einer so schwierigen Lage befand; Deutschland, Ungarn, Oesterreich, Bulgarien, denen man die Teilnahme unterlagte, die Türkei usw. Der Völkerbund war ein prächtiger Einfall, ich habe an ihn geglaubt und seine Entwicklung mit warmer Anteilnahme verfolgt. Aber ein furchtbarer Fehler hat sein ganzes Prestige zerstört; Artikel 5 und Artikel 10 seiner grundlegenden Verfassung und die Ausschließung der Besiegten haben ihm sofort den Charakter einer Art Heiliger Allianz der Sieger gegeben, die berufen ist, die unwahrscheinlichsten Begünstigten zu ordnen, die die Verträge zwischen Siegern und Besiegten festgelegt haben. Wilson hätte schon den grundlegenden Fehler begangen. Er hat den Völkerbund ins Leben gerufen, ohne zuvor den Völkern ihren Platz anzuweisen, und er hat den Besitz der besiegten Nationen und ihre Verbesserung verteilt, wie es getebe kam. An dem Tage jedoch, wo einmal alle Länder vertreten sind, werden die Vereinigten Staaten von Amerika das Bedürfnis verspüren, ohne Anerkennung der Verträge von Versailles, von Saint-Germain, von Trianon usw., aus ihrer Verantwortung herauszutreten, die ihnen nur schadet und ihnen eine untergeordnete Stellung anweist. Und an dem Tage, an dem alle Völker der Welt vertreten sein werden, an dem sich die Bande internationaler Solidarität von einem zum andern schließen, an dem Tage wird ein gut Stück Weg zurückgelegt sein.

- Apparate in Rückgrat- rümmungen
RUCH-NDAGEN
Flüge in den on
den-A. anning 86
Horn
Köpping
Tel. 31776
ido Müller
15 und am
u. Farb.
Kuhnt
gelandstr. 9b
Oppell-Vorst.
Köhler
33 - Tel. 23 687
Drogerie
reich, Dres-
straße 45
Dietrich
gerie, Leipz.
IDA
-Löbnitz
Damen-
Kein
Preis
chf.
r., Kurz-,
umpfstrick,
wollw. usw.
akt., Weiß-
und Spielw.
Meißner
Str. 10 c
ausserant.
ausschnitt
macherart.
straße 48 c
werkstätte
ren. Hüte
ützen
Farnstr. 29/7
Leife
Schneise
zu haben.
straße 12
Speicher 600
Tabak
Kao
Margarine
brodner
ckerel -
und Fein-
christstollen
ther
1, Weib-
bäckerei
ig
Konditorei,
18a
Beger
und Fein-
berort
erhofstr. 9
Ruf 92 -
ohnungs-
er
Führ-
2268
ma:
iel Nachf.
andlung
Tel. 36
Fähräder,
Werkstätte
str. 265
für Lutske
Gartenglas,
umringe
stuch, Lion-
o, Tapeten
straße 19
Steinbeck
photostübel
Leder- und
Preise
Saal II
Hocher Ball
sims Ba
str. Nr. 19
Getränke
n und Ge-
Fleischerei
Bier
Weine
mer, gute
id Getränke
all, Schuh-
Sportschuh
Schuhwaren
rwerkstätte
onwaren
u. Zigarett
er Straße
str. 10/11

Patriotismus für 6 Prozent

Ueber die Beteiligung Stinnes am Wiederaufbau werden jetzt nähere Mitteilungen bekannt. Stinnes und der Generalverband der französischen Wiederaufbau-Gesellschaften haben einen Lieferungsvertrag geschlossen, der sich auf die Lieferung von Baustoffen und Materialien verschiedener Art erstreckt.

Gewerkschaftsbewegung Betriebsräte wegen Hausfriedensbruchs vor dem Oberlandesgericht

Ein seltsamer Strafprozeß, der für die beteiligte Untertugsfirma allerdings einen höchst glänzenden Ausgang nahen dürfte, ist in der Revisioninstanz das sächsische Oberlandesgericht.

Es lohnt sich also, den Vertrag näher zu betrachten. Leider spricht die französische Presse, die von dem Abkommen des Herrn Stinnes Einzelheiten berichtet, nicht über die Abschlußbedingungen. Das aber ist eine Angelegenheit, die die deutsche Öffentlichkeit auf das Brenntendste interessiert.

Ein seltsamer Strafprozeß, der für die beteiligte Untertugsfirma allerdings einen höchst glänzenden Ausgang nahen dürfte, ist in der Revisioninstanz das sächsische Oberlandesgericht.

1. Ist es wahr, daß Stinnes ein Monopol für die Sachlieferungen der bezeichneten Art an den Verband der Wiederaufbau-Gesellschaften erworben hat, das dadurch festgestellt wird, daß ein Austausch je eines Aufsichtsratsmitgliedes eines Stinnes-Unternehmens und des Generalverbandes der Gesellschaften in Aussicht genommen ist?

Wird die beiden dem nicht entsprechen haben, auch selbst nicht gegangen sind, hat sie das Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt. Nach Meinung des Schöffengerichts hat sich die Aufforderung des Betriebsleiters zum Gehen auch an die beiden Angeklagten gerichtet.

Der Stinnes selbst möge vorläufig folgende Frage beantwortet, die — es sei und verzichten — vielleicht etwas indiskret ist:

Wird die beiden dem nicht entsprechen haben, auch selbst nicht gegangen sind, hat sie das Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt. Nach Meinung des Schöffengerichts hat sich die Aufforderung des Betriebsleiters zum Gehen auch an die beiden Angeklagten gerichtet.

Wie vereinbart sich Ihre Politik des unverfälschten außenpolitischen Kampfes gegen Frankreich, wie er in der neuerdings Ihnen gehörigen Täglichen Rundschau noch jetzt und vorher in Ihrer D. M. Z. vertreten wird (bzw. wurde) mit Ihrer privaten Geschäftspolitik?

Wird die beiden dem nicht entsprechen haben, auch selbst nicht gegangen sind, hat sie das Schöffengericht wegen Hausfriedensbruchs zu je 100 M. Geldstrafe verurteilt. Nach Meinung des Schöffengerichts hat sich die Aufforderung des Betriebsleiters zum Gehen auch an die beiden Angeklagten gerichtet.

Der aufgelöste Artillerietag

Nürnberg, 4. September. (Eigener Drahtbericht.) In Nürnberg kam es gestern anlässlich des bayerischen Artillerietages zu Zusammenstößen mit der bayerischen Landespolizei und der republikanisch gesinnten Bevölkerung.

Die Löhne der Buchdrucker

Wenn im Buchdruckereise eine Erhöhung des Lohnes erfolgt, so verdienen es alle Zeitungen, nicht zuletzt die bürgerlichen, ihren Dank.

10 Mark Briefporto

Berlin, 4. September. Vor dem heute zusammengetretenen Reichspostministerialrat hat der Reichspostminister bereits zugegangene Entwürfe betr. Erhöhung der Postgebühren für bereits überholt. Er legt die in den letzten Tagen fertiggestellte Ergänzung dieser Entwürfe vor.

Eisenbahner und Leno

Auf eine Anfrage über die Erstellung von Unterlagen an die Technische Reichsanstalt in Eisenbahnen hat bekanntlich der Reichspostminister geantwortet, daß die Erfahrungen des Gebrauchstreifens gezeigt hätten, daß es unerlässlich sei, dem Versuch einer Stilllegung des Eisenbahnbetriebes durch vorübergehende Maßnahmen entgegenzuwirken.

Die Verhandlungen mit Belgien

Die Vertreter der belgischen Regierung, Delacroix und Bemelmans, werden am Dienstagabend in Berlin eintreffen. Für Mittwoch sind vorläufig nur Vorgesprächen der Reichsregierung mit den Belgiern geplant.

Der amerikanische Entscheidungstag

Nachdem bereits in den Reichstagsgebieten der Vereinigten Staaten vor kurzem der Streit durch ein Abkommen beigelegt worden ist, das nicht allein den Bergarbeiterverband als Vertragspartei anerkennt, sondern zugleich die Löhne in...

dauerte genau fünf Monate. Er brach aus, weil die Unternehmer die Löhne der Arbeiter um 20 Prozent kürzen und seinen generalen Vertrag abschließen wollten.

Die Delegierten der sächsischen Zwaidauer Kohlenwerke haben sich in einer Urabstimmung gegen das Verfahren einer täglichen Überstunde erklärt.

Der Streik in Limbach, der ohne Zustimmung der Gewerkschaften in der Textilindustrie begann und dann durch die kommunistische Generalstreiterklärung auch auf andre Industrien und auf Radborowitz übergriff, ist nach fünfjähriger Dauer ergebnislos abgebrochen worden.

Die Neueinsetzung der Beamtenbezüge. Am Montag, nachm. 4 Uhr, begannen im Reichsfinanzministerium die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Epigenorganisation über eine Neueinsetzung der Bezüge für die Beamten, Angestellten und Staatsarbeiter.

Die Urabstimmung in der Berliner Metallindustrie über den Schiedspruch des vom Reichsarbeitsministerium eingeleiteten Schiedsgerichts, der die Verlängerung der Arbeitszeit auf wöchentlich 48 Stunden vorseht, hat die zum Abbruch streik notwendige Dreiviertel-Majorität nicht ergeben.

Bundesdruckstreik in Österreich. In Österreich sind die Buchdrucker ausständig geworden. Dem Streik schlossen sich gestern abend auch die Setzer der Tageszeitungen an, so daß heute früh in Wien keine Zeitungen erschienen.

Aus aller Welt

Ein Seifesteinleiter der deutschen Politik

Es ist hier nicht vom Wilhelm die Rede, dessen Verdiensthaftigkeit bekannt war, sondern vom Herrn v. Dollstein, der nach Wismars Einlassung durch Jahrzehnte der eigentliche Leiter der auswärtigen Politik des Reiches gewesen ist.

3000 Granaten explodiert

Dantsch, 4. September. Nach einer Sabotageaktion aus politischer Rücksicht wurden gestern früh ein Munitionslager, in dem eine Feuerbrunnst ausgebrochen war, mit 3000 Granaten in die Luft geflogen.

Der Dollar 1423,21

Table with columns: Wochn., 5. September., (Amtlich.), 5. 9., 5. 9., 4. 9., 4. 9., Dollar, Mark, Reichsmark, etc.

Polnische Reien 19,25

zu Berlin, 5. September. Die Unfähigkeit an Markt für ausländische Zahlungsmittel blieb auch heute sehr gering.

Wasserstände der Norder, Havel, Eger und Elbe

Table with columns: Norder, Havel, Eger, Elbe, Wasserstände, etc.

Fragmented text on the left edge of the page, partially cut off.

Fragmented text on the right edge of the page, partially cut off.

Der Gauapner Post wird ungangbar gemacht, weil der Baum...

Hier kann nichts helfen, als ein striktes Verbot. Die Herr...

Der Heimatklub als Sammler

Die neue Zeit und die wirtschaftlichen Nöte der Gegenwart...

Aus diesen Erwägungen heraus, und um wenigstens in Hilfe...

Außer der harten Bauernarbeit sollen die Bilder...

Vorliegende Aufstellungen sollen zur Anregung geben und...

Der Polizeileutnant als Antifistler zum Diebstahl

Wegen Diebstahls wurde vor dem Schöffengericht gegen die...

Als ärztlicher Sachverständiger hält Generalrat Dr. Bennet...

Die Auslösung der Geschworenen. Als Hauptgeschworene...

Die Auslösung der Geschworenen. Als Hauptgeschworene...

Remmig; Eisenbahner Gustav Adolf Schmidt, König; Fabrik...

Vilanderstellung. Die Vilge gehören wohl mit zu den formen...

Reue Banknoten. In den nächsten Tagen gelangen an Stelle...

Sebenführung und Wiedererwerb. Da sich die bisherigen...

Verdoppelung der Zulimiete. Die Festsetzung des Mietzins...

Die nächsten Aufgaben der Mieter. Die Friedermiete (1. Juli...

Die Wohnungsmiet steigt weiter. Im Juli hat sich, wie das...

Sturz aus dem Fenster. Am Montag abend, gegen 6 1/2 Uhr...

Zwei Gendarmen. Am Montag abend wurde im Hause...

Einheitsverband deutscher Arbeiterbeschäftigter und Arbeiter...

Reichsleitung Gesundheitswesen! Mittwoch, 6. September...

Bund der Kinderreichen. Bezirk Altstadt-Ost. Mittwoch...

Der Elternbund für Knabenmusik wird kommenden Sonntag...

Dresdner Umgebung

Dippoldiswalde. Einen Unfall, glücklicherweise ohne...

Dresdner Remmig. Mittwoch, abends 8 Uhr, im Beherzimmer...

Aus dem Parteileben

Kommunistischer Schwindel

Das kommunistische Volksblatt beschwert sich bitter über...

4. Unterbezirk

E.-V.-D. Betriebsvertrauensmänner von Dresden-N., Pieschen...

5. Unterbezirk

Die Bezirkskassierer werden gebeten, die bereits kassierten...

6. Unterbezirk

Striesen IV. Mittwoch den 6. September, 7 1/2 Uhr: Erweiterte...

Gruppe Etzsch. Mittwoch, abends 7 1/2 Uhr, in Sträglers...

Sport • Spiel • Körperpflege

Freie Wasserfahrgemeinschaft. Die Keinen roten Fragebogen...

Erstes Bezirksjugendsportfest am 9. und 10. September. Sports...

Freie Fußball. Wilsdorf 1—Leipziger Sportfreunde 1...

Wettervorhersage für den 6. September

Wetterlage. Die südliche Depressions hat sich von uns...

Wetterlage. Die südliche Depressions hat sich von uns...

Vertical text on the right edge of the page, partially cut off.